ENERGY DAILY

Mit Content von Dow Jones

UNTERNEHMEN | MÄRKTE | TRENDS

Montag, 25. April 2016 | Nr. 79

Thema Digitalisierung Seite 3

Entsorgung

Atomkommission schlägt neuen Konsens vor

Der Atomausstieg soll für die Steuerzahler zu keinem unkalkulierbaren Milliarden-Risiko werden und zugleich die angeschlagenen Stromkonzerne nicht erdrosseln. Das geht aus dem Entwurf der Regierungskommission für einen „Neuen Entsorgungskonsens“ hervor, den der Staat mit den Atomkonzernen schließen soll. „Dieser Konsens stellt einen Gewinn von Sicherheit für die Unternehmen und die Gesellschaft dar“, heißt es in dem Papier, das der dpa am Freitag vorlag. Die 19-köpfige Expertenkommission schlägt vor, dass die Unternehmen die Stilllegung und den Rückbau der Atommeiler übernehmen bei unbegrenzter Nachhaftung. Der Staat würde die End- und Zwischenlagerung übernehmen und einen von den Konzernen finanzierten Fonds auflegen. Über die zu überweisende Summe wird wegen strittiger Risikoaufschläge aber bis zuletzt gefeilscht.

Lesen Sie den kompletten Bericht auf Seite 7.

Appell an Tillich

Sachsens Windbranche befürchtet Zusammenbruch

Die sächsische Windindustrie befürchtet infolge der EEG-Novelle 2016 einen Einbruch bei der Windkraft. Daher hat sie sich mit einem Appell an Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) gewendet. Tillich solle sich beim anstehenden Sondertreffen der Länderminister zur EEG-Reform für einen Ausbaupfad von jährlich 2.500 Megawatt (netto) der Windenergie einsetzen, heißt es in dem Schreiben an die Staatskanzlei in Dresden. Die Unterzeichner vertreten nach eigenen Angaben rund 5.000 Arbeitsplätze in Sachsen.

„Mit großer Sorge beobachten wir die Entwicklung der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und die damit verbundene Einführung von Ausschreibungen im Bereich der erneuerbaren Energien ab dem Jahr 2017“, schreiben die Unterzeichner eab, Eno Energy, sabowind, UKA, WSB und WEA Technik Deutschland. Die Lage sei ernst, weil Onshore-Windenergie zur Steuerungsgröße für den Gesamtausbau erneuerbarer Energien „degradiert“ werde.

Unter der Annahme, dass alle sonstigen regenerativen Energiequellen ihr Potenzial bis 2025 ausschöpfen, bleibe für Windenergie an Land vermutlich nur noch ein Zubaukorridor von etwa 500 Megawatt pro Jahr übrig. In den vergangenen Jahren wurden vergleichsweise 3.800 Megawatt neu installiert. „Das würde einem völligen Zusammenbruch der Windenergie an Land in Deutschland gleichkommen“, heißt es in dem Aufruf weiter.

Das Bundeswirtschaftsministerium hatte vor gut einer Woche den Gesetzentwurf zur EEG-Novelle zur Anhörung an die Verbände und Länder geschickt. Gleichzeitig befindet sich das Gesetz in der Ressortabstimmung, bevor das Kabinett die endgültige Vorlage in das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren einbringt. Die EEG-Novelle soll noch vor der Sommerpause verabschiedet werden und ab 2017 in Kraft treten.

MBI/aul/22.4.2016

Top-Themen

Stadtwerkekonferenz 2016:
Die Stadtwerke Schwäbisch-Hall sehen in Wärmenetzen und Bürgerenergie neue Geschäftsmodelle. Seite 2

Interview:
Der Energiedienstleister Venios will im Zuge der Digitalisierung die IT und Energie vereinen. Seite 3

Stromknappheit Winter 2015/16

Swissgrid erhöhte Netztransferkapazität

Um der latenten Stromknappheit in der Schweiz im Winter 2015/16 abzuhelfen, hat der Schweizer Übertragungsnetzbetreiber Swissgrid ab dem 21. Dezember 2015 die Netztransferkapazität nach Norden zu schrittweise erhöht. Gegenüber der ersten Dezemberhälfte ergab sich eine Erhöhung um bis zu 1.800 Megawatt. Wie Swissgrid auf Anfrage von Energy Daily weiter mitteilte, wurden die zusätzlichen Kapazitäten von den Marktteilnehmern auch genutzt. Das Ergebnis waren höhere Nettoimporte der Schweiz. Die Maßnahmen zur Erhöhung der Netztransferkapazität sind laut Swissgrid auf Dauer in die betrieblichen Prozesse eingeflossen.

Neben den 13 notwendigen Netzprojekten, die im Gesamtvorhaben Strategisches Netz 2025 gebündelt sind, werden derzeit auf europäischer Ebene weitere Projekte diskutiert, die das Schweizer Stromnetz tangieren. Swissgrid hat diese sogenannten Projects of Common Interest (PCI) in ihrer aktuellen Netzplanung mit evaluiert. Dabei zeigt sich, dass diese Projekte aus rein Schweizer Sicht technisch und volkswirtschaftlich in 2025 nicht unbedingt erforderlich sind. Allerdings könnten sie bei einer Gesamtbetrachtung der Region (Schweiz und umliegende Nachbarn) nutzbringend sein

MBI/cdg/22.4.2016

www.mbi-energysource.de

Redaktion | Ali Uluçay (aul), Claus-Detlef Großmann (cdg), Helmut Kipp (hek)
Klaus Hinkel (verantw.) | Telefon: +49 (0) 69 / 27 10 760-11 | E-Mail: energy.de@mbi-infosource.de

Unternehmen

Stadtwerkekonferenz 2016

Wärmenetze und Bürgerenergie als Geschäftsmodelle

Vielerorts in Deutschland müssen Hausbesitzer in den nächsten Jahren ihre alten Heizkessel ersetzen. Ronald Pfitzer, Geschäftsführer der Stadtwerke Schwäbisch-Hall GmbH sieht hier die Chance, ein Nahwärmesystem durch sein Unternehmen zu etablieren. Ideal sei dies vor allem in Gebieten ohne Gasnetz, und mit einem Großverbraucher wie Schule, Kindergarten, Krankenhaus oder Altenheim, wo das Stadtwerk ein Blockheizkraftwerk (BHKW) betreiben kann. Langfristig sei dabei die Vernetzung der „Nahwärmeinseln" zu einem „Fernwärmeverbundnetz" anzustreben, sagte Pfitzer auf der Stadtwerkekonferenz in Berlin.

Der Wärmeverbund Schwäbisch Hall habe bereits 140 Gigawattstunden Wärmeabsatz zur Hälfte aus der installierten Leistung eines Biomethan-BHKW, zur anderen Hälfte noch aus fossiler Energie realisiert. Dies biete den Kunden auch den Mehrwert der erneuerbaren Energie im Heizungsbereich, wo dies bisher kaum möglich war. Sein Stadtwerk engagiert sich zudem in der Vermarktung von lokal bzw regional erzeugtem Strom aus Solaranergie, Kraft-Wärme-Kopplung oder Windkraft an Kunden wie etwa Mitglieder von Erzeugergenossenschaften. Um eine bessere Wertschöpfung zu ermöglichen, sei hier durch die Politik eine Befreiung oder Reduzierung von Steuern, Abgaben und Netzentgelten für lokal erzeugte und verbrauchte Energie nötig, forderte der Geschäftsführer.

Ein wichtiges Segment könne künftig der Mieterstrom werden, hofft Pfitzer. Die Mieter hättten kaum eine Chance, an den Vorteilen von Eigenenergieerzeugung teilzuhaben. Bei einer Solaranlage zum Beispiel auf dem Dach des Hauses könnten sie dagegen von geringeren Energiekosten profitieren, einen eigenen Anteil zur Energiewende leisten und würden sich stärker mit ihrem Haus identifizieren. „Für den Vermieter steigt der Wert seiner Immobilie, er muss sich nicht um das Energiemanagement kümmern, weil wir das übernehmen", warb Pfitzer.

Das Stadtwerk gewinne Kunden und könne langfristig Energieströme besser steuern. Das betreffe nicht nur Baden-Württemberg, sagte Pfitzer: „In Deutschland gibt es über eine Million Mehrfamilien-Häuser und gewerbliche Mietobjekte mit circa 17 Millionen Wohnungen oder Gewerbeflächeneinheiten, von denen nach unseren Recherchen 10 bis 20 Prozent für Mieterstrom-Projekte geeignet wären", betonte der Geschäftsführer. Hier gebe es auch echte Anwendungsgebiete für Smart Meter und Smarte Steuerung in einem System, das das Stadtwerk auch an einen Partner vergeben könnte.

In Solingen wurden die Stadtwerke gerade rekommunalisiert, was zu einem höheren Maß an Bürgerbeteiligung führen sollte, berichtete Stefan Ziebs, Bereichsleiter Vertrieb des Unternehmens. Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung der Stadtwerke Solingen wurde deshalb eine Partnerschaft mit einer Bürgerenergiegenossenschaft geschlossen. Das Stadtwerk als Energieexperte übernimmt dabei die Erzeugung und Verteilung, die Bürgergenossenschaft mit hoher Glaubwürdigkeit die Verbreitung und Kundengewinnung für den ökologisch erzeugten Strom aus der Region. Auch die erzielten Gewinne würden fair geteilt. Für die Zukunft sei der Neubau einer Windenergieanlage oder eines Photovoltaik-Feldes geplant. Auch die Einbeziehung von Wohnungsbaugesellschaften sei im Gespräch, sagte Ziebs zu künftigen Entwicklungsperspektiven der Kooperation.

Susanne Harmsen

MBI/aul/22.4.2016

Konzentration auf Kerngeschäft

Axpo will Kraftwerke in Italien verkaufen

Der schweizerische Energiekonzern Axpo will sich von den Beteiligungen an drei Gaskraftwerken in Italien trennen. Axpo bestätigte damit gegenüber Energy Daily entsprechende Presseberichte in Schweizer Medien. Demnach will Axpo die süditalienische Rizziconi Energia (100-Prozent-Besitz) sowie die 85-Prozent-Beteiligung an Calenia Energia in Neapel sowie den 49-Prozent-Anteil an SEF in Ferrara verkaufen.

Der Verkaufsprozess steht laut Axpo-Angaben erst am Anfang, es sind noch keine Entscheidungen gefallen. Details zum Verkaufsprozess würden nicht kommuniziert. Die Entscheidung zum Verkauf von Assets sei eine Konsequenz aus der Unternehmensstrategie, die unter anderem die Veräußerung strategisch nicht zentraler Anlagen vorsieht. Axpo will sich angesichts des schwierigen Marktumfelds auf sein Kerngeschäft konzentrieren.

MBI/cdg/22.4.2016

Österreich

„E wie einfach" verkauft ab sofort auch Gas

Die E.ON-Vertriebstochter „E wie einfach" bietet jetzt auch in Österreich einen Gastarif an. Unter dem Namen „EinfachGas" können Privatkunden sowie kleinere und mittlere Unternehmen flächendeckend Gas beziehen, wie das Unternehmen mitteilte. Je nach Verbrauch beträgt der Arbeitspreis für das Gas zwischen 3,60 und 7,08 Cent pro Kilowattstunde, einen Grundpreis gibt es nicht. „E wie einfach" gewährt zudem eine zwölfmonatige Preisgarantie sowie bis Ende April einen 50-prozentigen Rabatt auf die tatsächliche Verbrauchsmenge im ersten Jahr.

„E wie einfach" war bereits 2015 in den österreichischen Strommarkt eingestiegen. „Wir sind mit der Entwicklung unseres Stromangebotes auf diesem Markt sehr zufrieden. Daher sehen wir uns für den Gasmarkt ebenfalls gut gerüstet", sagte Geschäftsführer Oliver Bolaye.

MBI/ses/aul/22.4.2016

Interview mit Robert Lorenz, Business Development Manager bei Venios

„Viele Akteure spüren bei der Digitalisierung noch nicht den absoluten Marktdruck“

Der digitale Wandel macht auch vor der Energiebranche nicht halt. Unter dem Schlagwort Digitalisierung wachsen Informationstechnik und das klassische Geschäft der Energieunternehmen immer enger zusammen. Auch Stadtwerke können sich dieser Entwicklung kaum entziehen. Ob das Thema indes dort auch schon angekommen ist und welches Potential die Digitalisierung für die Branche birgt, darüber spricht Robert Lorenz, Business Development Manager bei Venios, mit Energy Weekly. Das junge Frankfurter Unternehmen hat ein System zum Netz-Monitoring entwickelt, mit dem sich der Zustand eines Verteilnetzes auf Basis zahlreicher Daten in Echtzeit darstellen lässt.

Robert Lorenz
Foto: SüdWestStrom

Energy Daily: Ihr Unternehmen hat sich das Ziel gesetzt, IT und Energie zu vereinen. Welches Potenzial birgt Ihrer Meinung nach die Digitalisierung für die Energiebranche?

Robert Lorenz: Digitalisierung ist zurzeit das Thema schlechthin über alle Industrien hinweg. Die Energiebranche betrifft es dabei besonders. Gerade mit Blick auf die Konvergenz von Telekommunikations- und Energiebranche ist es besonders wichtig, dass die einzelnen Energieversorger und Stadtwerke auf den Digitalisierungstrend aufspringen und die Chancen nutzen.

Ist das Thema denn auch bei den Akteuren in der Energiebranche schon so richtig angekommen?

Definitiv, jedoch nicht vollumfänglich. Gerade mit Blick auf den Smart-Meter-Rollout beschäftigen sich alle Versorger und Stadtwerke damit. Mit Blick auf neue Möglichkeiten des Vertriebs und der Kundenbindung gibt es noch viele Angriffspotenziale.

> „Bei Vertrieb und Kundenbindung gibt es noch Potenzial“

Schlägt sich diese Einschätzung denn auch in der Kundenzahl und der Nachfrage bei Venios nieder?

Wir merken, dass die Aufmerksamkeit voll da ist. Wir glauben jedoch, dass viele Energieunternehmen aufgrund offener Regulierungsfragen noch abwarten oder den absoluten Marktdruck noch nicht verspüren. Auf der anderen Seite gibt es aber auch viele innovative Stadtwerke, die vorausschauend agieren und unsere Lösung aktiv einsetzen.

Gilt das auch für kleinere und mittlere Stadtwerke? Wird dem Thema Digitalisierung dort auch schon ein hoher Stellenwert beigemessen? Oder wird das Thema dort noch eher unterschätzt?

Den Stadtwerken ist das Thema bekannt und sie versuchen, mit ihren begrenzten Ressourcen entsprechend zu handeln und vorausschauend Pläne zu schmieden, wie sie mit dem Thema umgehen. Ich sehe es aber auch kritisch, dass es bei den Stadtwerken doch noch gewisse Hemmnisse bei der Frage gibt, welchen Weg sie genau gehen sollen. Schnelles Handeln ist hierbei entscheidend für den Wettbewerbsvorteil.

Mit der Digitalisierung gewinnt das Thema IT für die Energiebranche ja deutlich an Bedeutung. Rechnen Sie damit, dass IT-Konzerne wie beispielsweise Google das Thema für sich entdecken und bei der Digitalisierung der Energiebranche mitmischen könnten?

Bis jetzt ist der Markt noch sehr diversifiziert, auch was die Anbieter angeht. Die großen Telekommunikationskonzerne spielen zwar jetzt schon mit und werden auch später eine große Rolle einnehmen. Aber Sie werden dadurch nicht alle anderen Konkurrenten am Markt verdrängen. Es wird also weiterhin Chancen für kleine, junge Unternehmen geben, sich auf dem Markt zu etablieren.

Ihr Unternehmen setzt ja auf einen Big-Data-Ansatz, sprich das Sammeln von möglichst vielen Messdaten, um Netzbetreibern einen möglichst genauen Einblick in den Zustand ihrer Netze zu geben. Ist ein solcher Ansatz denn auch für kleinere Stadtwerke praktikabel?

Wir sammeln beispielsweise über Smart-Meter, ONS oder Wechselrichter Live-Daten, die wir dann in Echtzeit weiterverarbeiten. Mit diesen komplexen Datenmengen können wir dann für Verteilnetzbetreiber den Zustand des Nieder- und Mittelspannungsnetzes zeitkontinuierlich ermitteln und somit transparent machen. ▶▶

▶▶ Dabei arbeiten wir mit eigens entwickelten Modellen und Algorithmen. Von dieser Lösung können kleine Stadtwerke genauso profitieren wie große. Wir haben aktuell auch einige Modellprojekte, wo unser System auch auf kleinem wie auch großem Raum einwandfrei läuft. Perspektivisch lässt sich damit auf die reale Infrastruktur durch Steuerung oder Abriegelung einwirkten. Das eröffnet für die Netzbetreiber ganz neue Use-Cases und Geschäftsmodelle, die sie dann nutzen können.

Welche technischen Voraussetzungen gibt es, damit ein Stadtwerk ein solches System einsetzen kann? Welche Messdaten braucht das System, um zu funktionieren?

Eine generelle Voraussetzung ist, dass unser System durch die Konfiguration einer passenden Schnittstelle an bestehende Systeme wie beispielsweise ein GIS-System angebunden wird. Diese Integration ist in jedem Fall möglich. Durch die Einbindung von Smart Meter-Daten wird das System noch verbessert. Es funktioniert aber auch ohne diese Daten, in diesem Fall werden dann einfach Modellannahmen verwendet.

Auf der technischen Seite setzen Sie auf eine cloud-basierte Lösung. Sind die Messdaten bei einer solchen nicht anfällig für Manipulationen? Wie wollen Sie dies verhindern?

Unsere Lösung hat eine Zuverlässigkeit von mehr als 99,95 Prozent, eine Datenmanipulation im großen Stil wird also nicht geschehen. Außerdem werden die Daten beim Transfer über einen VPN-Tunnel (Virtual Private Network, d. Red.) verschlüsselt übertragen. Unser Partner, die Microsoft Azure Cloud, ist zudem von der Bundesdruckerei zertifiziert und erfüllt die Privacy Shield-Standards der Europäischen Union.

Das Interview führte Sebastian Schwarz

MBI/ses

Neue Strategie

Stadtwerke Leipzig investieren in Erneuerbare

Die Stadtwerke Leipzig wollen sich mit einer neuen Strategie für die Zukunft rüsten. Das Unternehmen will in den nächsten Jahren rund 45 Millionen Euro in Erneuerbare investieren und bis 2020 mit weniger Mitarbeitern auskommen. Das kündigten die Stadtwerke am Freitag auf einer Pressekonferenz an. „Der deutsche Energiemarkt befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Das hat zu erheblichen Herausforderungen in Bezug auf Geschäftsmodelle von Versorgungsunternehmen geführt“, sagte Johannes Kleinsorg, Sprecher der Geschäftsführung der Leipziger Stadtwerke.

Als ein zentrales Element der neuen Strategie will das Unternehmen rund 45 Millionen Euro „zielgerichtet in rentable Erzeugeranlagen investieren“. Was das Unternehmen darunter versteht, erläuterte Stadtwerke-Geschäftsführer Karsten Rogall: „Wir konzentrieren uns auf Windenergieanlagen onshore und Erzeugungsanlagen, die in umweltfreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung arbeiten.“ Zudem wolle der Versorger künftig vermehrt Regelenergie anbieten.

Das Netzgeschäft soll weiterhin eine wichtige Rolle spielen. „Unsere Netzgesellschaft wird auch in Zukunft eine tragende Säule unserer Unternehmensgruppe sein“, bekräftigte Rogall. So investiere das Unternehmen jährlich rund 15 Millionen Euro in die Modernisierung und den Ausbau der Infrastruktur. Darüber hinaus will der Versorger auch rund 13 Millionen Euro für die Optimierung seiner IT-Systeme aufwenden.

Im Zuge der Neuausrichtung planen die Stadtwerke Leipzig, bis zum Jahr 2020 mit weniger Mitarbeitern auszukommen. „Wir gehen heute davon aus, dass wir 2020 unsere Leistungen mit rund 180 so genannten Vollzeitkapazitäten weniger realisieren können“, sagte Geschäftsführer Rogall. Jedoch werde es keine Entlassungen geben, man werde dies vielmehr durch Altersteilzeit und Fluktuation realisieren, sagte eine Unternehmenssprecherin Energy Daily.

MBI/ses/aul/22.4.2016

Kundeninformationen

Behörden mit MVV zufrieden nach Datenpannen

Der Umgang des Mannheimer Energieversorgers MVV mit einer Datenpanne stellt die Behörden zufrieden. Das Unternehmen habe ausreichend gegengesteuert, sagte ein Sprecher des Landesbeauftragten für Datenschutz in Stuttgart am Freitag. Zuvor hatte der „Mannheimer Morgen“ darüber berichtet. Eine MVV-Mitarbeiterin hatte versehentlich zweimal Dateien mit Daten von mehreren hundert Privat- und Geschäftskunden per E-Mail an einen unbeteiligten Privatmann verschickt. Die Mail enthielt neben Namen auch Bankverbindungen.

Die Mitarbeiterin hatte unbedacht die „Autofill-Funktion“ im E-Mail-Programm Outlook benutzt. Dadurch wurde die E-Mail-Adresse des Privatmanns automatisch der Empfängerzeile hinzugefügt, obwohl die Mail nur hausintern verschickt werden sollte. Der Stuttgarter Behördensprecher sagte, die MVV Energie habe zum Beispiel sofort dafür gesorgt, dass diese Funktion abgeschaltet werde.

MBI/dpa/aul/22.4.2016

Meersburg

Stadtwerk am See betreibt weiter Gasnetz

Die Stadt Meersburg am Bodensee hat den Konzessionsvertrag für das Gasnetz mit dem Stadtwerk am See um weitere 20 Jahre verlängert. „Das Stadtwerk war und ist ein sehr zuverlässiger Partner für uns. Das gab mit den Ausschlag, den Vertrag zu erneuern“, sagte Meersburgs Bürgermeister Martin Brütsch. Die Gemeinde arbeitet mit dem Stadtwerk am See auch bei der Wasserversorgung eng zusammen. Das Stadtwerk am See hat nach eigener Aussage in den vergangenen Jahren ein Erdgasnetz von rund 30 Kilometern Länge in Meersburg aufgebaut, an das rund 640 Häuser angeschlossen sind.

MBI/ses/22.4.2016

Rückläufige Bezugspreise

Aachener Stawag senkt Gastarife zum Juli

Die Stadtwerke Aachen (Stawag) senken ihre Gaspreise für Privatkunden zum 1. Juli 2016 um bis zu zehn Prozent. Der Arbeitspreis pro Kilowattstunde (kWh) soll dann um 0,68 Cent (inklusive Mehrwertsteuer) günstiger sein, teilte die Stawag am Freitag mit. „Unsere Kunden profitieren von den gesunkenen Bezugskosten am Gasmarkt“, begründete Christian Becker, Vorstand der Stawag, die Preissenkung. Ein Mehrpersonenhaushalt mit einem durchschnittlichen Verbrauch von 20.000 kWh spare dadurch jährlich knapp 140 Euro. Die Gaspreise sind in den vergangenen Monaten an den Großhandelsmärkten weiter gefallen.
MBI/aul/22.4.2016

300 MW

Senvion liefert Windturbinen nach Chile

Der Hamburger Windkraftanlagenhersteller Senvion beliefert zwei große Windparks in Chile mit 93 Turbinen. Die beiden Windparks verfügen über eine Gesamtleistung von 300 Megawatt (MW), wie Senvion mitteilte. Abnehmer ist die Mainstream Renewable Power, ein internationales Unternehmen für Wind- und Solarenergie. Die Windparks soll im Frühjahr 2017 fertiggestellt werden. „Die Südspitze Südamerikas ist ein wichtiger Bestandteil unseres weiteren strategischen Wachstumsplans“, erklärte Senvion-Chef Jürgen Geißinger.
MBI/aul/22.4.2016

Energiedienstleistungen

BKW übernimmt Bauplaner Lindschulte

Der Schweizer Energiekonzern BKW baut sein Engineering-Geschäft aus. So hat das Unternehmen jetzt den deutschen Bauplaner Lindschulte aus Nordhorn übernommen. Ziel sei es, den europaweit wachsenden Infrastrukturmarkt zu bearbeiten. Laut BKW plant beispielsweise Deutschland in den kommenden Jahren eine Infrastrukturoffensive mit einem Investitionsvolumen von 300 Milliarden Euro. Auch die Schweiz habe einen hohen Investitionsbedarf für den Ausbau und die Erneuerung der Energienetze. Lindschulte ist ein unabhängig beratendes Bauplanungsunternehmen rund um die Bereiche Infrastruktur und Umwelt.
MBI/aul/22.4.2016

Offshore-Windpark

Global Tech I überschreitet Marke von 1 TWh

Der Hochsee-Windpark Global Tech I (GT I) hat Anfang April dieses Jahres die Marke von einer Terawattstunde erzeugter Energie überschritten. Seit Inbetriebnahme des Windparks im Sommer 2015 erzeugen die 80 Turbinen der 5-Megawatt-Klasse Strom, wie der an GT I beteilgte schweizerische Versorger Axpo mitteilte. Die Schweizer halten 24,1 Prozent an GT I. Im windstarken Monat Januar speiste GT I über 150 Gigawattstunden Energie in das deutsche Stromnetz ein.

Insgesamt geht die Betriebsgesellschaft für den Vollbetrieb des 400-Megawatt-Windparks nach Abschlägen für beispielsweise Übertragungsverluste von jährlich mindestens 1,4 Milliarden Kilowattstunden erzeugter Energie aus. Damit kann der Strombedarf von 445.000 Haushalten gedeckt werden. Global Tech I zählt zu den so genannten „Far-Offshore-Windparks“. Das heißt, mit einer Entfernung von 140 Kilometern zum Logistik-Stützpunkt Emden gehört er europaweit zu den Offshore-Windparks mit der größten Distanz zum Festland.
MBI/cdg/aul/22.4.2016

Verteilnetzbetreiber

Mitnetz Gas stellt Ortsnetze auf Digitalbetrieb um

Die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas (Mitnetz Gas) stellt ihre Ortsnetze auf digitalen Betrieb um. Dafür stattet der Verteilnetzbetreiber die Ortsnetzstationen Schritt für Schritt mit neuen Modems aus, die netzrelevante Daten per Fernabfrage liefern. „Die neuen Geräte ermöglichen uns den Direktzugriff auf Werte wie Gasdruck, Mengenfluss und Temperatur, erlauben die Statuskontrolle in den jeweiligen Ortsnetzen“, erklärte Adolf Schweer, technischer Geschäftsführer von Mitnetz Gas.

Die ersten 30 von 120 ausgewählten Anlagen werden 2016 mit den modernen Datenloggern bestückt. Diese können laut dem Unternehmen an spezifischen Punkten im Netz für die gezielte Überwachung der Sicherheit eingesetzt werden. Die Netzführung für Mitnetz Gas verbessere sich damit entscheidend.

Neben der Modernisierung plant das Unternehmen für dieses Jahr auch umfangreiche Bauvorhaben. Insgesamt umfasst das Volumen in diesem Jahr 46 Millionen Euro für die Erneuerung, Erweiterung, Instandhaltung und den Betrieb des Gasnetzes (2015: 56,7 Millionen Euro). Auf das Netz in Sachsen entfallen davon 23,8 Millionen Euro, auf Sachsen-Anhalt 20,7 Millionen Euro, auf Thüringen 1,3 Millionen Euro und auf Brandenburg 0,2 Millionen Euro. Fast 60 Prozent der Gesamtsumme sind für die Leitungserneuerung und die Netzerweiterung vorgesehen.
MBI/ses/22.4.2016

MBI-Energiepreisumfrage

Wie jeden Monat möchten wir Ihre Einschätzung der weiteren Preisentwicklung (auf Sicht von einem Monat) bei fünf wichtigen Energiepreisen erfahren. Unsere Befragung ist wie immer anonym und nimmt nur ein bis zwei Minuten in Anspruch.*

Die Ergebnisse der Umfrage werden in der Ausgabe vom 27. April veröffentlicht, deshalb bitten wir Sie um eine Rückantwort bis spätestens Montag, den 25. April, 13.00 Uhr.

Ihre Redaktion

*Hier geht’s zur Umfrage.

Politik & Verbände

Vattenfall

Grüne warnen vor Braunkohle-Verkauf

Die Grünen warnen nachdrücklich vor einem Verkauf der Braunkohlesparte von Vattenfall an die tschechische EPH-Gruppe und ihren Finanzpartner PPF. „Die Gruppe setzt offensichtlich auf ein spekulatives Geschäftsmodell. Wenn jemand in ein Geschäft einsteigt, bei dem man heute noch nicht weiß, ob man damit Geld verdienen kann, ist das eine Spekulation“, sagte der Energieexperte der Grünen, Gerd Lippold.

Ein Spekulant kaufe etwas in der Hoffnung, dass es unter veränderten Rahmenbedingungen irgendwann Wert hat. Momentan lasse sich mit Kohleverstromung kein Geld verdienen. EPH spekuliere darauf, dass sich diese Situation nach Abschalten der deutschen Kernkraftwerke 2022 wieder ändert.

Lippold sieht dafür aber keine Chance. Denn die Bundesregierung habe das Klima-Abkommen von Paris unterschrieben. „Es ist also überhaupt nicht klar, ob es aus klimapolitischen Erwägungen nach 2022 ein Geschäftsmodell für die Braunkohle geben wird.“

Die Grünen halten es deshalb für hochriskant, wenn ganze Regionen in Ostdeutschland von einem Geschäftskonzept reiner Finanzinvestoren abhängig sind. Lippold sieht sich in seiner Analyse auch durch das Bieterverfahren von Vattenfall bestätigt. Anfangs habe der schwedische Staatskonzern den Kaufpreis noch auf zwei bis drei Milliarden Euro taxiert. Doch ein Bieter nach dem anderen sei abgesprungen, weil er keine Aussicht sah, mit der Braunkohle künftig Geld zu verdienen.

Das sei heute auch Vattenfall klar. Lippold sprach von einem Notverkauf: „Man steigt lieber aus, bevor es noch weniger wert ist.“ An dieser Situation könne auch ein neuer Eigentümer nicht drehen. „Da er die Ertragslage nicht ändern kann, bleiben ihm nur drei Optionen: Bei der Belegschaft sparen, die freiwilligen Leistungen für die Region wie das Sponsoring abschaffen oder sich vor künftigen Verpflichtungen drücken.“

Sollte der Verkauf trotz allem zustande kommen, müssen nach Ansicht von Lippold die Regierungen von Brandenburg und Sachsen handeln. Konkret geht es dem Abgeordneten darum, für künftige Verpflichtungen aus dem Bergbau Sicherheiten zu bekommen. Vattenfall hatte Rückstellungen für die Renaturierung der Tagebaue gebildet. Lippold setzt sich dafür ein, die nötigen Sicherheiten dem Zugriff der Finanzinvestoren zu entziehen.

MBI/dpa/aul/22.4.2016

EEG-Ausschreibung

Bundesrat fordert Zuschlagsgarantie für Bürgerprojekte

Der Bundesrat will Bürgerprojekte im Rahmen der Ausschreibungen für erneuerbare Energien stärken. In einer Entschließung forderte die Länderkammer am Freitag eine Zuschlagsgarantie für Bürgerenergieprojekte. So sollten kleine und regional verwurzelte Betreiber von Öko-Kraftwerken vorrangig behandelt werden. Regionale Bieter wie etwa Bürgerwindparks sollten ohne Angabe eines Gebotspreises an den jeweiligen Ausschreibungen teilnehmen, heißt es in der Entschließung des Bundesrats. Die Initiative für die Entschließung ging von Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein aus.

MBI/aul/22.4.2016

Entsorgung

Atomkommission schlägt neuen Konsens vor

Der Atomausstieg soll für die Steuerzahler zu keinem unkalkulierbaren Milliarden-Risiko werden und zugleich die angeschlagenen Stromkonzerne nicht erdrosseln. Das geht aus dem Entwurf der Regierungskommission für einen „Neuen Entsorgungskonsens“ hervor, den der Staat mit den Atomkonzernen schließen soll. „Dieser Konsens stellt einen Gewinn von Sicherheit für die Unternehmen und die Gesellschaft dar“, heißt es in dem Papier, das der dpa am Freitag vorlag. Die 19-köpfige Expertenkommission schlägt vor, dass die Unternehmen die Stilllegung und den Rückbau der Atommeiler übernehmen bei unbegrenzter Nachhaftung. Der Staat würde die End- und Zwischenlagerung übernehmen und einen von den Konzernen finanzierten Fonds auflegen.

Über die zu überweisende Summe wird wegen strittiger Risikoaufschläge aber bis zuletzt gefeilscht. An diesem Montagabend wollen sich die drei Kommissionschefs, Jürgen Trittin (Grüne), Ole von Beust (CDU) und Matthias Platzeck (SPD), mit den Spitzen der vier Energiekonzerne treffen. Ob eine Einigung gelingt, gilt als offen. Am Mittwoch will die Regierungskommission über den Ausgang der Verhandlungen berichten. Sie soll vorschlagen, wie die Rückstellungen der Konzerne von inzwischen gut 40 Milliarden Euro langfristig gesichert werden können.

„Mit einem neuen Entsorgungskonsens besteht die Chance, endgültig den Streit um die Nutzung der Kernenergie zu beenden“, heißt es in dem Entwurf. „Die Kommission erwartet von Betreibern, dass die damit im Zusammenhang stehenden Klagen fallen gelassen werden“, wird betont: „Die von den Betreibern angestrebte Neuaufstellung ihrer Unternehmen wird durch einen anhaltenden Rechtsstreit über die Atomenergie eher verhindert als befördert.“

Ziel ist es, mit einer Abkopplung der Konzern-Milliarden für Zwischen- und Endlagerung Finanzmittel zu sichern, einen „Totalausfall“ zu vermeiden und das Risiko für den Staat zu minimieren. Die Kommission schlägt dazu vor, dass von den Gesamtrückstellungen der Konzerne 19,7 Milliarden Euro (Ende 2014) die Unternehmen für Stilllegung und „unverzüglichen Rückbau“ behalten. Auch für elne „endlagergerechte“ Verpackung des Atommülls sollen die Konzerne verantwortlich sein.

Dagegen sollen von Konzern-Rückstellungen 4,7 Milliarden Euro für die Zwischenlagerung sowie 12,4 Milliarden Euro (je Ende 2014) für die künftige Endlagerung an einen staatlichen Fonds überwiesen werden. Unterm Strich also etwa 17,2 Milliarden Euro. Da dieser „Entsorgungsfonds“ auf Jahrzehnte angelegt ist, summiert sich der von den Konzernen überwiesene Betrag aber auf eine weit größere Summe.

Der vorgeschlagene Entsorgungsfonds ist eine Wette auf die Zukunft. Denn die Kosten für das Endlager werden voraussichtlich erst ab dem Jahr 2050 anfallen. Das Risiko für den Staat soll aber begrenzt werden - über den noch strittigen „risikogerechten Aufschlag“. Die Rede war zuletzt von einem Aufschlag zwischen netto rund sechs und neun Milliarden Euro auf die 17,2 Milliarden Euro. Diskutiert wird aber auch eine zeitlich und in der Höhe begrenzte Nachhaftung. So sollen mögliche Kostensteigerungen abgedeckt werden. Der Staat wird die übernommenen Rückstellungen sicher und niedrig verzinst anlegen.

Die Kommission schlägt vor, dass die Konzernmittel „in geldlicher Form bis 2022“ in den Fonds eingezahlt werden. Der Fonds könnte als Sondervermögen des Bundes oder als öffentlich-rechtliche Stiftung errichtet werden. Die Kommission empfiehlt einen schlank ausgestalteten, öffentlich-rechtlichen Fonds, der seine Kosten selbst erwirtschaften müsste: „Ein solcher Fonds wäre vor allem gegenüber sachfremden Begehrlichkeiten und Eingriffen besser geschützt als ein Sondervermögen“, steht in dem Entwurf.

MBI/dpa/aul/22.4.2016

Landkreis

Görlitz muss Informationen zu Braunkohle herausgeben

Der Landkreis Görlitz darf der Umweltgruppe Cottbus Informationen zum Braunkohletagebau Nochten nicht länger vorenthalten. Die Umweltinformationsgesetze sollten das Bewusstsein schärfen und eine Teilnahme an Entscheidungen in diesem Bereich ermöglichen, begründete die 3. Kammer des Verwaltungsgerichtes Dresden die Entscheidung am Freitag. Das Landratsamt hatte der Initiative 2012 die Unterlagen mit dem Hinweis auf den Datenschutz sowie das Urheberrecht verweigert. Das Gutachten sei von dem Bergbauunternehmen in Auftrag gegeben worden und dieses habe einer Herausgabe nicht zugestimmt, hieß es. Daraufhin hatte die Umweltgruppe geklagt.

Eine bloße Datensammlungen sowie das Kartieren des Tier- und Pflanzenbestandes fielen noch nicht unter urheberrechtlichen Schutz fallen, urteilten hingegen die Richter. Eine wissenschaftliche Leistung im Rahmen eines solchen Gutachtens aber schon. Doch auch da müsse die Behörde dies mit dem öffentlichen Interesse abwägen und umweltrelevante Informationen veröffentlichen. Das gelte vor allem dann, wenn es sich - wie in diesem Fall - um eine Initiative handle, die sich per Satzung dem Umweltbewusstsein verschrieben haben. Die Kläger begrüßten das Urteil. Es sei jedoch erschreckend, dass Vattenfall jahrelang die Transparenz von Umweltdaten verweigert habe.

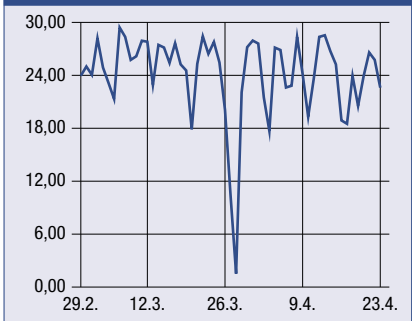
MBI/dpa/aul/22.4.2016

Branchen-Aktien Verlaufskurse (in Euro)

Gesellschaft	22.4.	21.4.
ABB Na.	18,45	18,40
Areva	4,14	4,16
BP PLC	4,71	4,67
Centrica	2,95	3,03
CEZ AS	15,97	16,35
CropEnergies	3,78	3,78
E.ON	9,30	9,27
Edison	60,84	59,94
EDP-Energias Portugal	3,01	3,01
Endesa	17,65	17,57
Enel	3,91	3,90
Energie Baden-Württemb.	23,20	23,51
Engie	14,30	14,22
Eni	13,98	13,85
EnviTec Biogas	6,88	6,70
EVN*	10,33	10,26
Exxon Mobil	77,37	76,88
Fortum	12,94	12,87
Gas Natural	18,28	18,13
Gazprom	4,25	4,28
GEA Group	42,29	42,32
Iberdrola	6,11	6,04
Lechwerke	69,29	68,50
Lukoil	38,55	38,75
Mainova	331,00	320,00
MVV Energie	19,66	20,20
National Grid PLC	12,35	12,41
Nordex	23,38	23,69
Norsk Hydro	3,73	3,71
OMV*	26,07	25,70
Phoenix Solar	4,12	4,10
PNE Wind	2,18	2,15
Repsol	11,32	11,29
Royal Dutch Shell A	23,40	23,43
RWE	12,80	12,61
Siemens	96,14	96,13
SMA Solar Technology	46,77	47,66
Snam	5,29	5,25
Solarworld	7,95	8,14
Statoil	14,92	14,86
Total S.A. B	43,99	43,46
Tullow Oil	3,14	3,12
United Utilities	11,67	11,92
Veolia Environem.	21,12	20,85
Verbund Gesellschaft*	11,96	11,86
Vestas Wind Systems	58,76	57,76

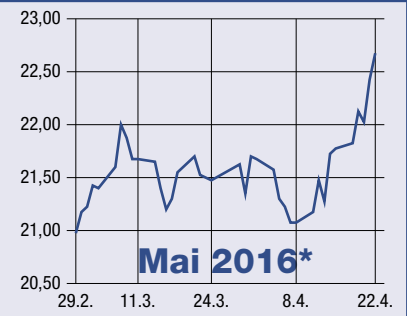
Quellen: Deutsche Börse AG, *Börse Wien

Phelix Base



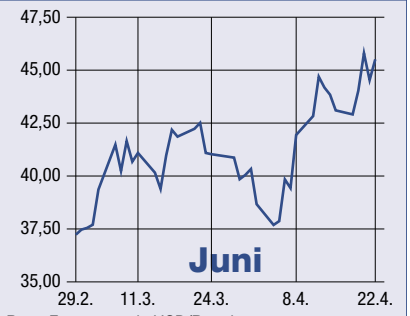
in EUR/MWh
Quelle: EPEX Spots

Strom (OTC-Deutschland)



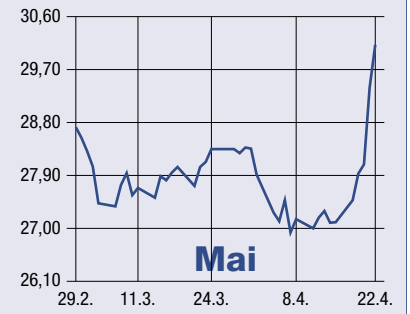
Frontmonat Baseload in EUR/MWh
Mittelwert aus Bid und Ask
Quelle: MBI Infosource

Rohöl (ICE)



Brent Frontmonat in USD/Barrel
Settlementpreise, tagesaktueller Preis bis 17:15 Uhr
Quelle: ICE

Erdgas (ICE)



Natural Gas Frontmonat in pence/therms
Settlementpreise, tagesaktueller Preis bis 17:15 Uhr
Quelle: ICE

EZB-Referenzkurse (22.4.)

Land	Valuta	1 EUR
Bulgarien	BGN	1,9558
Dänemark	DKK	7,4413
Großbritannien	GBP	0,7833
Japan	JPY	124,86
Norwegen	NOK	9,2443
Polen	PLN	4,3506
Rumänien	ROL	4,4753
Russland	RUB	74,251
Schweden	SEK	9,1381
Schweiz	CHF	1,0991
Tschechien	CZK	27,046
Türkei	TRY	3,1886
Ungarn	HUF	310,10
USA	USD	1,1263

Quelle: EZB

Impressum

Herausgeber und Verlag:
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG (MBI), Redaktion: Gutleutstraße 89, 60329 Frankfurt
Sitz der Gesellschaft: Frankfurt am Main, Amtsgericht Frankfurt HRA 47673

Geschäftsführer:
Martin Brückner

Verantwortlich für den Inhalt:
Klaus Hinkel, Tel.: +49(0)69/2710760-30
E-Mail: klaus.hinkel@mbi-infosource.de
Internet: www.mbi-infosource.de

Abonnenten-Service:
service@mbi-infosource.de oder +49(0)69/2710760-11

Anzeigen-Verkauf:
anzeigen@mbi-infosource.de oder +49(0)69/2710760-16

Die Fachpublikationen von MBI stützen sich neben umfangreicher Eigenberichterstattung auf Dow Jones Newswires sowie weitere auch international tätige Nachrichtenagenturen, bei Charts, Kursen und Preisen auch auf www.aid-net.de. Alle Meldungen werden mit journalistischer Sorgfalt erarbeitet. Für Verzögerungen, Irrtümer und Unterlassungen wird jedoch keine Haftung übernommen. Kopien, Nachdrucke oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung des Herausgebers. Das Copyright für dpa-Nachrichten liegt bei der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Hamburg. Die Nachrichten dienen ausschließlich zur privaten Information des Nutzers. Eine Weitergabe, Speicherung oder Vervielfältigung ohne Nutzungsvertrag mit der Deutschen Presse-Agentur ist nicht gestattet. Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Erscheinungsweise: montags bis freitags